

## Bruderzwist vor dem Gipfelsturm

In Casablanca soll die Arabische Liga König Hussein ein Mandat für die Verhandlungen mit

Israel geben

A 43 Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Heute beginnt in Casablanca ein gesamtarabischer Gipfel, der erste seit drei Jahren. Er drohte schon im Vorfeld in die vertrauten Niederungen des nahöstlichen Bruderzwists abzugleiten. Vier Länder haben den Solidaritätsappell mit einem Boykott beantwortet: Syrien, Südjemen, Algerien und der Libanon. Saudi-Arabien, das Schwergewicht im Hintergrund, schießt bloß den Kronprinzen. Und Libyen macht unbrüderliche Auflagen. Als Preis seiner Teilnahme fordert Tripolis einen scharfen Tadel für Jordanien und den Irak, weil diese sich erfrecht haben, die Beziehungen zu dem Camp-David-Sünder Ägypten wieder aufzunehmen.

Doch steht bei diesem Tagesordnungspunkt Höheres als nur innerarabische Etikette auf dem Spiel. Die zarte Achse zwischen Bagdad, Kairo und Amman ist heute der Hebel, der vielleicht Bewegung in das festgefressene Räderwerk der Nahostdiplomatie bringen könnte - und diese Aussicht ist der eigentliche Anlaß für die Konferenz von Casablanca. Genauer: Den ersten Anstoß gab schon im vorigen November Jordaniens König Hussein, der zuerst seine zur Routine gewordene Zurückhaltung aufgab, dann den gerissenen diplomatischen Draht zu Kairo wieder aufnahm und schließlich den mühsamen Versuch in Gang setzte, PLO-Chef Arafat in eine gemeinsame Verhandlungsstrategie einzubinden. Für die nächsten Schritte braucht Hussein den kollektiven Gütesiegel *made in Casablanca*.

Wie schwierig derlei Absegnung sein mag, zeigen schon die Vorgeplänkel des Casablanca-Konklave. Der Gipfel, so Hussein, soll eine „neue, konstruktive Allianz“ zusammenschirren, welche die „palästinensische Frage in all ihren Aspekten“ überprüfen soll. Denn: „So wie bisher kann es nicht weitergehen.“ Derlei Drang scheinen vor allem nicht die Syrer zu verspüren. Schlimmer noch: Ihr demonstratives Fernbleiben kommt einer kaum kaschierten Sabotagedrohung gleich. Die Absage der „Demokratischen Volksrepublik Jemen“ fiel kaum ins Gewicht - wenn dahinter nicht der mächtige Verbündete Sowjetunion stünde, der mit dieser Geste ein Vetoanspruch über den nahöstlichen Friedensprozeß reklamiert. Daß Riad nur den Kronprinzen nach Marokko entsendet, ist ebenfalls ein lautes Signal. Saudi-Arabien möchte wie gehabt nur in Formation marschieren, die Verweigerer wie Syrien und Libyen nicht provozieren.

Dagegen steht die Achse Kairo-Amman (und vielleicht Bagdad) mitsamt dem stillen Partner Jerusalem. Sie stehen alle unter Zeitdruck. Für die Jordanier schlägt sich das gewohnte Abwarten nicht mehr in klingender Münze nieder. Einst

von den Saudis mit einer fetten Apanage in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar versehen, muß Hussein nun mit knappen 250 Millionen auskommen - die Folge von rapide gesunkenen Öleinkünften. Hinzu kommt ein gewichtiges politisches Motiv, das ein Vertrauter des israelischen Ministerpräsidenten Peres so umschreibt: „Da Hussein jeden Tag ein Stückchen mehr Kontrolle über das Westufer entgleitet, wächst die Furcht, daß Jordanien dereinst vom Westufer - also von der PLO

- kontrolliert werden könnte. Er muß folglich die Initiative ergreifen und die PLO unterwerfen, bevor sie ihn unterwirft.“ Daher der nunmehr neun Monate alte Versuch, Arafats Anhänger in eine gemeinsame Verhandlungsdelegation einzubinden.

Israel, so Ministerpräsident Peres, ist bereit, „einen Preis für den Frieden zu zahlen“. Auch ihm entgleitet die Zeit, denn das Abkommen mit der Likud über die „Regierung der nationalen Einheit“ sieht vor, daß er im Herbst 1986 seinen Platz mit dem derzeitigen Außenminister Schamir tauscht. Bis dann will er den Friedensprozeß mit Jordanien und Ägypten so weit festzurren, daß auch ein von rechts geführtes Kabinett die Knoten nicht mehr lösen kann. Doch gebieten auch realpolitische Interessen gezielende Eile.

Auf der einen Seite drängt Washington, insbesondere Außenminister Shultz - gewiß von dem Wunsch beflügelt, Ronald Reagan einen ähnlichen Triumph zu verschaffen wie ihn einst Jimmy Carter mit dem Abkommen von Camp David errungen hat. Auf der anderen Seite steht Ägypten, das sich seit Israels Auszug aus dem Libanon demonstrativ bemüht, dem „kalten Frieden“ mit Jerusalem wieder Wärme einzublasen. Aus Kairo kam denn in jüngster Zeit ein dreifaches Signal: Präsident Mubarak höchstpersönlich gab Order, sämtliche Hemmnisse im Handel mit Israel zu beseitigen; eine ägyptische Touristengruppe tauchte plötzlich im Lande auf; zu guter Letzt darf sich die Stadt Tel Aviv auf das lang versprochene Pendant zum israelischen „Wissenschaftszentrum“ in Kairo freuen. Bleibt noch ein Stolperstein: etwa 600 Meter Sandboden am Roten Meer, den sowohl Jerusalem als auch Kairo für sich beanspruchen.

Und Jassir Arafat? Er hat seinen letzten Stützpunkt verloren und versucht sich jetzt notgedrungen in der Diplomatie. Doch registriert man in Israel aufmerksam den rapiden Anstieg von Terroranschlägen im Lande selbst und auf der Westbank. Ist dies der Doppelstrategie zweiter, mörderischer Teil - oder eine Attacke auf den Friedensprozeß von seiten seiner Rivalen, die ihn wie auch den Prozeß so sabotieren wollen? Auf

jeden Fall wächst in Israel die Nervosität - kein fruchtbarer Boden für Peres' vorsichtige Pflugversuche.

Derweil bleibt der Ministerpräsident optimistisch: „Es ist möglich“, verkündet er vor der Knesset, „daß sich die Atmosphäre im Nahen Osten verändert“ habe. Ein hoher Beamter im Außenministerium meint indes, daß sich „die Dinge nicht wirklich bewegt haben. Eine echte Einigung zwischen Arafat und Hussein steht noch immer aus. Manche haben sich etwas vorgezwängt, aber alle schielen sie auf Syrien - das Land, das den Ast im Alleingang absägen kann.“ 4.1